

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	484
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	808/2016
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	18.10.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	Herr Dr. Münter (S/OB)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Gesamtstädtische Koordination und Steuerung sowie Wissensmanagement in Bezug auf die Aktivitäten zur Luftreinhaltung, vor allem des Feinstaubalarms		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 10.10.2016, GRDrs 808/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stimmt der erweiterten Aufgabenwahrnehmung der Abteilung Mobilität im Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität im Bereich der Themenfelder Luftreinhaltung im Allgemeinen sowie Feinstaubalarm im Besonderen zu.
2. Vom zusätzlichen vordringlichen Personalbedarf in Höhe von 1,0 Stellen in Besoldungsgruppe A 11 (Sachbearbeiter/in) wird Kenntnis genommen. Die Entscheidung über die Stellenschaffung ist im Vorgriff auf den Stellenplan 2018 zu treffen. Die Stelle wird mit einem KW-Vermerk 01/2021 versehen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Dr. Münter (S/OB) führt aus, es wäre nicht zwingend erforderlich gewesen, den Weg über den Ausschuss für Umwelt und Technik zu nehmen, weil die Verwaltungsorganisation im Hinblick auf das Kleine Stellenplanverfahren ausschließlich die Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss zwingend vorsehe. Da jedoch auch die Möglichkeit bestehe, sie im zuständigen Fachausschuss zu beraten, wolle er diese Gelegenheit wahrnehmen. Er berichtet im Sinne der Vorlage und wirbt um Zustimmung im Vorlauf auf das Kleine Stellenplanverfahren im Rahmen der Vorberatung.

StR Kotz (CDU) dankt für die Erläuterungen, die er inhaltlich sowohl bei dieser Vorlage als auch bei der zum heutigen TOP 7 a - GRDRs 770/2016 - nachvollziehen könne. Nachdem nun klar sei, dass es sich um Beschlussvorlagen handelt, um in das Verfahren des Kleinen Stellenplans hineinzukommen, und die finale Entscheidung darüber, ob die Stellen geschaffen werden, im Kleinen Stellenplanverfahren stattfindet, könne seine Fraktion dem zustimmen.

Auch StR Winter (90/GRÜNE) stimmt nach diesen Erläuterungen der Vorlage zu.

StR Körner (SPD) kann den Sachverhalt gut nachvollziehen. Jedoch gebe es an mehreren Stellen innerhalb der Stadtverwaltung die Situation, dass eine Menge an Aufgaben mit zu wenig Personal dafür zu erledigen ist. So habe die Organisationsuntersuchung zum Thema Schulhausmeister erbracht, dass fast 7 Stellen fehlen. Bei den Haushaltsplanberatungen habe die Verwaltung bei 32,5 Stellen alle Kriterien erfüllt gesehen, dennoch wurden diese Stellen nicht geschaffen, z. B. in der Wohnungsnotfallhilfe, beim Tiefbauamt für die Umsetzung der Bevorrechtigung von Bussen und Stadtbahnlinien usw. Insofern unterstütze seine Fraktion das Anliegen in der Sache, habe aber ein Problem beim Verfahren. "Wenn wir anfangen in der Verwaltung, ein oder zwei Monate vor dem Kleinen Stellenplan solche Vorlagen zu machen, dann frage ich die Verwaltung, was eigentlich mit den ganzen anderen Stellen ist? Kommt da auch eine Vorlage? Ich glaube nicht." Bei allem Respekt vor dem Oberbürgermeister glaube er, dass dieser Stil nicht geht.

Er beantragt daher die Vertagung dieser Vorlage und der Vorlage zu TOP 7 a - GRDRs 770/2016 - zur Beratung beim Kleinen Stellenplan, um dann gleichberechtigt mit Vorlagen aus anderen Teilen der Verwaltung, die ähnliche Probleme haben, darüber zu entscheiden. Er könne heute schon zusagen, der Vorlage dort zuzustimmen. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit bekommen sollte, so laute seine Bitte, vor dem Kleinen Stellenplanverfahren zu allen anderen Bereichen der Stadtverwaltung, wo die Problematik ähnlich ist, entsprechende Vorlagen vorzulegen.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) unterstützt diesen Antrag. Sicher leisten Herr Dr. Münter und seine Abteilung gute Arbeit, doch sei das Thema Luftreinhaltung nicht Aufgabe der Landeshauptstadt Stuttgart, sondern gesetzlich dem Regierungspräsidium Stuttgart und damit dem Land zugeordnet. Daher stelle sich die Frage, warum nicht das Land diese Stelle bezahlt. Weiter stelle sich die Frage der Priorisierung. Seine Fraktionsgemeinschaft habe bei den Haushaltsplanberatungen z. B. beantragt, die Stelle eines Fußverkehrsbeauftragten zu schaffen. Es gelte zu klären, wo erreicht man mehr Wirksamkeit im Hinblick auf die Luftreinhaltung. "Indem wir Bürgeranfragen beantworten, die eingehen beim OB, oder indem wir tatsächlich Planungen vorantreiben im Stadtgebiet, um die Stadt fußgängerfreundlicher, kindgerechter, seniorengerechter zu gestalten?" Er habe diesbezüglich eine andere Auffassung und bittet um eine Gesamtschau der Stellenbedarfe im Rahmen des Kleinen Stellenplanverfahrens.

StRin von Stein (FDP) hält die Argumentation von StR Körner für nachvollziehbar. Es sei auffallend, dass bestimmte Stellen nun über diesen Weg vorberaten werden sollen, obwohl es eine ganze Reihe von Stellenbedarfen innerhalb der Stadtverwaltung gebe. Sie schließt sich dem mündlichen Antrag der SPD an. Auch die StRe Klingler (AfD), Conz (FDP) und Dr. Schertlen (STd) unterstützen diesen Antrag.

Herr Dr. Münter verweist auf die Beschlussantragsziffer 2 und stellt klar, die Entscheidung über die Stellenschaffung sei nicht jetzt im Vorgriff auf das Stellenplanverfahren zu treffen, sondern sei im Vorgriff auf den Stellenplan, der im Kleinen Stellenplanverfahren Ende 2016 beschlossen wird, zu treffen. Mit dem Haupt- und Personalamt habe man ein Verfahren verabredet, wonach alle Vorlagen, die in das Kleine Stellenplanverfahren hineinkommen sollen, in einer Sammelvorlage - mit der eine Gesamtschau erfolge - zusammengetragen werden. Für dieses Verfahren werde ein Beschluss des Verwaltungsausschusses am 19.10.2016 benötigt. Wenn die Vorlage im VA morgen nicht beschlossen werden würde, so falle sie aus diesem Verfahren heraus und komme dann in die Sammelvorlage hinein.

Zum Verfahren informiert BM Dr. Schairer, die Vorbereitung für das Kleine Stellenplanverfahren erfolge durch einen Sachbeschluss. Die heutige Beschlussvorlage sei der Sachbeschluss, und die Frage der Stellenschaffung werde im Kleinen Stellenplanverfahren entschieden. Er schlägt vor, das Verfahren im morgigen VA nochmals darzustellen. Man befinde sich im Rahmen der normalen Vorbereitung für den Kleinen Stellenplan, betont er. Die Verwaltung nehme aber zur Kenntnis, dass der überwiegende Teil des Ausschusses Schwierigkeiten mit diesem Verfahren hat.

StR Kotz ist mit diesem Vorschlag einverstanden und spricht sich dafür aus, die Vorlage heute ohne Votum an den VA zu verweisen. Die Verwaltung möge morgen die Systematik aufzeigen, ob es neben diesen 2 Stellen noch weitere Stellen gibt, die in ähnlicher Form bereits beschlossen wurden. StR Winter stimmt dem Vorschlag ebenfalls zu. StR Körner dankt für diesen Vorschlag und bittet darum, morgen auch die von Herrn Dr. Münter verwendete Formulierung "die Verwaltung geht diesbezüglich sehr eng" zu erläutern.

Der Vorsitzende stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik verweist die Vorlage ohne Votum an den Verwaltungsausschuss.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. Stadtkämmerei (2)
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN